

Rede von Peter Förster für das Kölner Friedensforum und den AK Zivilklausel Köln am 7.8.2017, Hiroshimatag.

Liebe MitstreiterInnen für eine Welt ohne Atomwaffen,

Es steht viel auf dem Spiel. Pünktlich zum 73. Jahrestags des US-amerikanischen Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki hat die US-amerikanische Regierung die Sanktionen gegen den Iran wieder in Kraft gesetzt, mit schmerzhaften Folgen für die iranische Bevölkerung. Obwohl die Internationale Atomenergiebehörde dem Iran wiederholt bescheinigt hat, die Auflagen des Atomabkommens zu erfüllen, d. h. die Urananreicherung zurückzufahren. Damit wird ein erfolgreicher diplomatischer Weg gefährdet, der als einziger zu Abrüstung und einem dauerhaften Frieden führen kann. Eine solche Politik richtet sich gegen die internationale Bemühungen für Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Gleichzeitig hat letzte Woche hat Uruguay den Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen ratifiziert – darüber wird leider kaum berichtet. In der Erklärung der Regierung heißt es: „Mit der Ratifizierung bekräftigt Uruguay seinen Charakter als pazifistisches Land, das keine Atomwaffen besitzt und sich eindeutig für die Stärkung eines Regimes der Abgrüstung und Nicht-Verbreitung einsetzt. In diesem Sinne verfolgt es mit seiner Unterstützung internationaler Normen eine Außenpolitik, welche die Notwendigkeit in den Vordergrund rückt, mit den Verhandlungen voranzukommen, mit dem Ziel, eine vollständige und generelle Abrüstung zu erreichen, unter strikter internationaler Kontrolle.“ Das sind klare und ambitionierte Worte. Damit haben den Verbotsvertrag mittlerweile 14 Staaten ratifiziert. Außerdem plant unter anderem Irland, dieses Jahr beizutreten – damit könnte in einem NATO Partnerland NATO Flugzeugen Überflug und Nutzung des Militärflughafens in Shannon verboten werden. Umfragen in Deutschland haben ergeben, dass sich auch hierzulande sich eine große Mehrheit der Bevölkerung von über 2/3 für einen Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel und den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag ausspricht.

Das lässt hoffen, weil es wider die Kriegshetze von oben auf die Zivilgesellschaft ankommt. Ohne das beharrliche Engagement, ohne die Aufklärung und die Kreativität von friedensbewegten Menschen weltweit, von Kommunen, Gewerkschaft, Friedensbewegung, Parteien, wäre der

Atomwaffenverbotsvertrag 2016 von den Vereinten Nationen nicht von einer Mehrheit von 122 Staaten beschlossen worden. Es ist damit gelungen, der verbreiteten Sehnsucht nach einer friedlichen Welt ohne Gewalt und ohne „Abschreckung“ Ausdruck zu verleihen. Der Verbotsvertrag und der damit angestoßene Prozess zeigen: Menschen können, über Grenzen hinweg, die Logik nationalen gegenseitigen Hochrüstens durchbrechen und ihre Geschichte in die Hände nehmen. Bertolt Brecht hat im „Solidaritätslied“ gedichtet:
„Schwarzer, Weißer, Brauner, Gelber! Endet ihre Schlächtere! Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein.“

Deshalb war es so wichtig, dass im Mai diesen Jahres der Ausschuss des Rates der Stadt für Anregungen und Beschwerden unseren Bürgerantrag für eine Welt ohne Atomwaffen aufgegriffen hat. In dem Beschluss bekräftigt der Ausschuss einhellig die Unterstützung der „Initiative der Vereinten Nationen für die Abschaffung von Atomwaffen als unbedingte Notwendigkeit für den Erhalt der Zivilisation und die Verbesserung menschlicher Lebensgrundlagen sowie als potentiellen Schritt zu internationaler Abrüstung und Entspannung“.

Das ist der Punkt, um den es jetzt geht: Den Beitritt der BRD zum Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen. Denn der Beitritt der BRD zum Vertrag wäre von seiner weltpolitischen Signalwirkung kaum zu überschätzen. Er könnte auch einen entscheidenden Beitrag zur einer neuen Entspannungspolitik leisten:

Denn der Beitritt zum Verbotsvertrag würde bedeuten, dass die Atomwaffen aus Büchel endlich abgezogen werden und mit Russland über eine atomwaffenfreie Zone verhandelt werden könnte. Russland hat in den letzten beiden Jahren bereits seinen Rüstungshaushalt deutlich reduziert, 2009 gab es bereits sehr konkrete Verabredungen zwischen den Barak Obama und Wladimir Putin zur massiven nuklearen Abrüstung. Warum sollte eine Abrüstungsinitiative heute von russischer Seite nicht aufgegriffen werden? Damit könnte eine völlig neue Dynamik der Abrüstung, der internationalen Zusammenarbeit und auch für ein System gemeinsamer Sicherheit statt des gegeneinander Rüsten in Gang gesetzt werden.

Warum wird seitens der deutschen Regierung ein solch wichtiger, für ein menschenwürdiges Leben auf dem Planeten essentieller Schritt nicht unternommen, sondern stattdessen hochgerüstet? Die US-amerikanischen Nuklearwaffen in Büchel sollen sogar weiter „modernisiert“ werden. Die Antwort lautet, dass gegen einen solchen Schritt stehen die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen innerhalb der NATO stehen. Der Beschluss des Bundestages vom Jahr 2010 für einen Abzug der Atomwaffen aus der BRD stammt aus einer Zeit, als der damalige Präsident der USA einen Nobelpreis für eine Rede gegen Atomwaffen erhalten hat und konkrete Abrüstungsgespräche mit der russischen Seite weit gediehen waren. Heute wollen die „Transatlantiker“ in der GroKo von diesem Beschluss nichts mehr wissen – gültig ist er nachwievor und wir sollten immer wieder darauf hinweisen.

Deutschland ist seit 1955 unter der Adenauer Mitglied. Damals wollte die Bundesregierung, angetrieben von Alt-Nazis im Staatsapparat und im Militär, auch die Anschaffung einer eigenen, „deutschen“ Atombombe. Gescheitert sind diese Pläne am Widerstand der Friedensbewegung, aber bis heute ist die BRD im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ in die US-amerikanischen Planspiele eines Atomkrieges eingebunden, in der Konsequenz lagern keine 150 Kilometer von Köln entfernt 20 Atomsprengköpfe, von denen jeder die Sprengkraft der Bomben von Hiroshima und Nagasaki übertrifft. Dieses Bündnis war nie ein Verteidigungsbündnis, es hat nie für Sicherheit gesorgt, sondern war immer ein Kriegsbündnis. Die USA haben 1946 mit den Atombombenabwürfen auf das faktisch bereits besiegte Japan den Kalten Krieg eingeleitet. Mittlerweile wissen wir, dass Präsident Harry Truman den Einsatz von Atomwaffen über China und Nordkorea 1950 in Erwägung gezogen hat, ebenso wie Präsident Richard Nixon später im Vietnamkrieg. Heute hat D. Trump diese Option wieder ins Spiel gebracht. Es sind heute die NATO-Mitgliedsstaaten die den Atomwaffenverbotsvertrag geschlossen ablehnen.

Dabei hat die Internationale Kampagne für Nukleare Abrüstung, ICAN zurecht darauf hingewiesen, dass ein Beitritt zum Verbotsvertrag keine Verletzung von „Bündnisverpflichtung“ im Rahmen der NATO im Rahmen der NATO Verträge bedeutet. Hinzuzufügen wäre: Es gibt im Rahmen der NATO überhaupt keine rechtliche Verpflichtung zur Aufrüstung. Das Gegenteil ist der Fall: Die NATO betreibt mit ihrer

Aufrüstungs- und Kriegspolitik einen dauerhaften Bruch des Völkerrechts. Die immer wieder bemühten „internationalen Verpflichtungen“ sind ein Versuch, wirtschaftliche Interessen und militärische Machtpolitik zu verschleiern. Das internationale Recht basiert seit 1945 auf Kooperation für die Verbesserung der Lebensverhältnisse, dem Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen und Abrüstung. Ihre Verwirklichung drängt heute, weil die Herausforderungen unserer Zeit – Frieden, soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit – nur in globaler Solidarität und Zusammenarbeit zu lösen sind. Das waren damals und sind heute die Lehren aus der Geschichte und die internationalen Verpflichtungen dieser Republik! Auch deswegen müssen Atomwaffen verboten werden.

In der BRD braucht es dafür Opposition zur Politik der Großen Koalition. Ursula von der Leyen hat erst vor wenigen Wochen bei ihrem Besuch beim US amerikanischen Präsidenten erneut zugesagt, dass die BRD auf eine Anhebung der Rüstungsausgaben auf 2% hinarbeiten werden, d. h. annähernd eine Verdopplung. Wir erleben aktuell, wie mit einer Hetze gegen Geflüchtete, die vor Krieg und Hunger, und allzu häufig auch vor deutschen Waffen fliehen müssen, vor solchen unbequemen Wahrheiten abgelenkt wird. Das Ergebnis ist eine mörderische Politik der Abschottung, die das Mittelmeer in ein Massengrab verwandelt hat.

Demgegenüber haben wir die Wahrheit und die sozialen und humanen Interessen von über 6 Milliarden Menschen auf unserer Seite, die im Frieden nur zu gewinnen haben. Stehen wir dafür ein, dass die Rationalität die Oberhand gewinnen über die Hetze, die Solidarität über den Egoismus, die Menschheitsinteressen über die Profiteure von Krieg und Ungleichheit. Lasst uns alles dafür unternehmen, Abrüstung und Frieden in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Debatte zu rücken und eine politische Wende der Abrüstung und der sozialen Progression durchzusetzen.

Albert Einstein hat schon 1931 festgestellt:

"Es gäbe genug Geld, genug Arbeit, genug zu essen, wenn wir alle Reichtümer der Welt richtig verteilen würden, statt uns zu Sklaven starrer Wirtschaftsdoktrinen oder -traditionen zu machen. Vor allem aber dürfen wir nicht zulassen, dass unsere Gedanken und Bemühungen von konstruktiver Arbeit abgehalten und für die Vorbereitung eines neuen Krieges missbraucht werden. (...) Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzen.

Ein Zehntel der Energien, die die kriegführenden Nationen im Weltkrieg verbraucht, ein Bruchteil des Geldes, das sie mit Handgranaten und Giftgasen verpulvert haben, wäre hinreichend, um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen sowie die Katastrophe der Arbeitslosigkeit in der Welt zu verhindern.“

Lasst uns daher alles dafür unternehmen, dass die BRD dem Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen beitrifft.

Vielen Dank.